

sozialen Leiter aufgestiegen sind, neigen sie dazu, den Beitrag eines Kandidaten zur Wirtschaft anzuerkennen. „People have enjoyed the fruits of their commercial activities and their community participation. The rest they accept as reality“ (SCMP, 25.9.05). „Macau people are very pragmatic“, konstatiert auch der Demokratieaktivist Au Kam San. „Their demand for democracy is weak and people are more supportive of us if we fight for livelihood issues“ (ST, 24.9.05). Und Prof. Brian Ho aus Singapur, der auch an der Universität Macau lehrt, kommt zu dem Schluss: „Elections in Macau are different from other developed cities in that they are linked more to 'power bases' like corporations and businesses, than to parties or idealism“ (ST, 27.9.05).

Bei den indirekten Wahlen votieren Repräsentanten von Rechtspersonen für Kandidaten, die die Interessen von vier großen gesellschaftlichen Bereichen vertreten: Arbeitgeber, Arbeitnehmer, Fachleute sowie Wohlfahrt, Kultur, Bildung und Sport. Wieder gewählt wurden u.a. die Präsidentin der Legislativversammlung Susana Chou, der prominente Rechtsanwalt Leonel Alberto Alves, ein Makkanese, und Chan Chak Mo, der das Kasinohotel „Kingsway“ kontrolliert.

Innerhalb von 15 Tagen nach der Wahl musste Regierungschef Edmund Ho die restlichen 7 LegCo-Mitglieder ernennen. Seine Wahl fiel auf:

- Lei Pui Lam, Präsident des Exekutivkomitees der Vereinigung für chinesische Erziehung von Macau,
- Sam Chan Io, Professor der Rechtsfakultät der Universität Macau,
- Tsui Wai Kwan, Präsident des Exekutivkomitees der Vereinigung für Im- und Export von Macau (wieder ernannt),
- José Chui, Städteplaner, Ingenieur und Delegierter beim Nationalen Volkskongress,
- Philip Xavier, Rechtsanwalt (wieder ernannt),
- Jeong Tou Hong, Ökonom und Assistant Director des For-

schungszentrums für umfassende Lebensqualität,

- Lao Pun Lap, Ökonom und Präsident des Exekutivkomitees der Vereinigung für Volkswirtschaft von Macau.

Von den 29 Mitgliedern dieser LegCo-Wahl gehörten 19 bereits dem 2. LegCo der SVRM an. Die Amtszeit der 3. Legislativversammlung beträgt vier Jahre und beginnt am 16. Oktober. (RMRB, 26., 27.9.05; XNA, 17.6., 15., 22., 23., 25., 26.9., 4., 7.10.05; SCMP, 31.8., 7., 16., 19., 23., 25., 26.9.05; WSJ, 26.9.05; IHT, 26.9.05; ST, 24., 26., 27.9.05; <http://www.blogmacau.info>, 28.9., 1., 3., 6.10.05, Aufruf am 8.10.05; <http://www.blogmacau.info>, 9.10.05, Aufruf am 10.10.05; <http://dailynews.muzi.com/ll/english/1380965.shtml>, Aufruf am 10.10.05)

Taiwan

Hans-Wilm Schütte

48 Taiwan schließt Freihandelsabkommen mit Guatemala

Als zweiter mittelamerikanischer Staat nach Panama hat im September auch Guatemala ein Freihandelsabkommen mit Taiwan geschlossen. Die Unterzeichnung des Vertrags erfolgte am 22. bei einem Besuch von Präsident Chen Shui-bian in Guatemala.

Beide Seiten versprechen sich von dem Abkommen nicht unerhebliche Vorteile. Taiwan hofft darauf, dass es auf diese Weise von einem Freihandelsabkommen profitieren kann, dass im August zwischen den USA und Guatemala sowie fünf anderen mittelamerikanischen Staaten geschlossen wurde: Aus Taiwan stammende und in Guatemala weiterverarbeitete Waren erhielten so bessere Absatzchancen in den USA. Umgekehrt hofft Guatemala vor allem auf eine Verminderung des eklatanten Handelsbilanzdefizits, das mit Taiwan besteht:

2004 betrug die taiwanischen Exporte nach Guatemala 110,6 Mio. US\$, die Importe von dort aber nur 4 Mio. US\$. Vor allem für Kaffee und Zucker rechnet sich Guatemala Absatzchancen auf dem taiwanischen Markt aus. Das Abkommen tritt am 1.1.2006 in Kraft. (CNAT, nach BBC EF, 23.9.05; TT, 24.9.05)

49 Thai-Gastarbeiterkrawalle in Kaohsiung führen zum Rücktritt der Arbeitsministerin

In einem Wohnheim für thailändische Gastarbeiter im südtaiwanischen Kaohsiung kam es am 21./22. August zu Unruhen. Etwa 100 Arbeiter (nach anderen Angaben 300 Arbeiter) stürmten das Büro der Wohnheimverwaltung, demolierten es und zündeten es an; auch vier Autos wurden demoliert oder angezündet. Ernstlich verletzt wurde niemand. Die Firma, eine Art Arbeitsmakler, die das Wohnheim betreibt, bezifferte den Schaden auf 10 Mio. NT\$ (ca. 250.000 Euro).

Als Grund gaben die Arbeiter ihre „unfaire und ungerechte“ Behandlung an. Unter anderem war ihnen der Konsum von Tabak und Alkohol im Wohnheim verboten, ebenso die Benutzung von Mobiltelefonen. Auch durften sie nur solche Lebensmittel und Gegenstände des täglichen Bedarfs mit ins Wohnheim bringen, die sie im Wohnheimladen gekauft hatten. Zudem wurden ihnen Überstunden nur zu einem Teil vergütet. Zu ihren Forderungen, die in Verhandlungen weitestgehend durchgesetzt wurden, zählte auch die Installation einer Satellitenschüssel, mit der sie thailändisches Fernsehen empfangen können. Von den genannten Einschränkungen betroffen waren 1.700 ausländische Arbeitskräfte, vor allem aus Thailand. Sie sind in Kaohsiung zum U-Bahn-Bau eingesetzt. In ganz Taiwan sind 94.000 Thailänder beschäftigt – vor allem im Bau-sektor. Sie stellen das größte Kontingent der insgesamt 301.000 Gastarbeiter.

Der Regierung in Taibei war der Vorfall wegen der offensichtli-

chen Grundrechtsverstöße und des Imageschadens für Taiwan sichtlich peinlich. Bereits am zweiten Tag schickte sie Beamte des Rats für Arbeitsfragen (entspricht dem Arbeitsministerium) nach Kaohsiung, um den Vorfall zu untersuchen. Gleichzeitig wurde angekündigt, dass in Zukunft alle Firmen, die 100 oder mehr ausländische Arbeitskräfte beschäftigen, mit strengerer staatlicher Aufsicht und nicht angemeldeten Kontrollen rechnen müssen. Davon betroffen wären nach Statistiken des Arbeitsministeriums etwa 700 Firmen. (CNAT, nach BBC PF, 22.8.05; ST, 23.8.05; TT 23.8.05)

Zwei Tage später kam Vizepräsidentin Annette Lü (Lü Xiulian) nach Kaohsiung, bat die Gastarbeiter wegen des erlittenen Unrechts um Verzeihung und rief dazu auf, ausländische Arbeitskräfte generell besser zu behandeln (CNAT, nach BBC PF, 24.8.05; SCMP, 24.8.05). Die Regierung setzte nun eine Untersuchungskommission ein, und Arbeitsministerin Chen Chu (Chen Ju) inspizierte die Unterbringung der U-Bahn-Bauarbeiter in Kaohsiung persönlich. Zudem kam der Verdacht auf, dass beim Anheuern der Arbeitskräfte und bei ihrer Unterbringung Bestechungsgelder geflossen sein könnten. Damit geriet der Vorfall in den Parteienstreit. (TT, 27.8.05; CNAT, nach BBC PF, 27.8.05; WSJ, 28.5.05) Ende des Monats kündigte Vizepräsidentin Lü die Bildung einer Sonderkommission an, die landesweit die Situation der ausländische Arbeitskräfte untersuchen soll (CNAT, nach BBC PF, 29.8.05).

Am 2. September schließlich reichte Arbeitsministerin Chen Chu bei Ministerpräsident Frank Hsieh (Xie Changting) ihren Rücktritt ein mit der Begründung, sie trage die politische Verantwortung für die Situation, die zu den Krawallen geführt habe. Den Menschenrechten der Arbeiter sei Schaden zugefügt worden, erklärte sie. Hsieh nahm den Rücktritt zunächst nicht an, Chen jedoch blieb bei ihrem Entschluss und setzte sich schließlich durch. Am 14. September berief der Ministerpräsident den bisherigen Gene-

ralsekretär des Kabinetts Lee Ling-yuan zu ihrem Nachfolger. Auch der Bürgermeister von Kaohsiung, Chen Chi-mai (Chen Qimai) trat wegen der Affäre zurück. Seinen Posten übernahm die Präsidentenberaterin Ye Chu-lan (Ye Julan). (CNAT, nach BBC PF, 2.9.05; WSJ, 5.9.05; SCMP, 14.9.05; TT, 14.9.05)

Trotz ihres begrenzten Umfangs ohne Personenschäden zogen die Proteste der thailändischen Arbeiter in der Politik große Kreise. Allgemein war ein Entsetzen darüber spürbar, unter welchen sklavereiähnlichen Bedingungen offenbar ein Teil der ausländischen Arbeitskräfte in Taiwan gehalten wird. Der Rücktritt der Arbeitsministerin erfolgte von daher zu Recht. Bemerkenswert ist aber auch, dass die Verantwortlichen die Affäre nicht herunterzuspielen versuchten. Ob sich die Korruptionsvorwürfe erhärten, bleibt abzuwarten.

50 KMT-Chef Ma äußert sich zu seinem Chinakurs

Im Umfeld seines am 19. August erfolgten Amtsantritts als neuer Vorsitzender der Nationalen Volkspartei Kuomintang (Guomindang) ließ Ma Ying-jeou (Ma Yingjiu) Grundzüge der Chinapolitik erkennen, die er in den nächsten Jahren und eventuell nach einem Rückgewinn der Regierungsmacht 2008 verfolgen will.

In einem Interview mit der Tai-beier Tageszeitung *China Times* trat Ma Befürchtungen entgegen, er werde als KMT-Vorsitzender einen nachgiebigeren Standpunkt gegenüber China beziehen. Vielmehr werde er weiterhin das chinesische Antisessionsgesetz kritisieren (vgl. C.a., 2/2005, S. 3-10) und die auf dem Festland als staatsfeindlich bekämpfte Falungong-Bewegung unterstützen. Auch lehne er die von Beijing bevorzugte Formel „ein Land, zwei Systeme“ weiterhin als für Taiwan ungeeignet ab. Allerdings erkenne er den so genannten Konsens von 1992 an, wonach beide Seiten dem Ein-China-Prinzip zustimmen.

Bei anderer Gelegenheit erklärte Ma, es bestehe „kein unmittelbarer und dringender Bedarf“ für direkte Gespräche zwischen ihm und dem chinesischen Staats- und Parteichef Hu Jintao. Schließlich habe sich sein Amtsvorgänger, der damalige KMT-Vorsitzende Lien Chan (Lian Zhan) erst im April mit Hu getroffen (vgl. C.a., 3/2005, S. 17-24). Solange Ma Bürgermeister von Taipei ist, dürfte er gemäß der taiwanischen Rechtslage allerdings auch gar nicht aufs Festland reisen.

In dem ersten Interview, das Ma nach seinem Amtsantritt einem ausländischen Presseorgan gab, erklärte er am 2. September gegenüber der japanischen *Yomiuri Shimbun*, die Kluft zwischen China und Taiwan zu überwinden sei ihm ein wichtiges Anliegen. Sollte die KMT wieder die Regierung stellen, würde die Einrichtung von direkten Flugverbindungen aufs Festland Priorität haben.

Hinsichtlich der Frage, wann überhaupt eine Wiedervereinigung Taiwans mit Festlandchina denkbar sei, äußerte sich Ma widersprüchlich. Im Interview mit der *China Times* wiederholte er zunächst den bekannten Standpunkt, wonach demokratische Verhältnisse auf dem Festland die Voraussetzung für eine Wiedervereinigung bildeten. In einem Gespräch mit der NZZ antwortete er auf die Frage, ob auf dem Festland erst „freie und faire Wahlen“ abgehalten sein müssten: „Nein, nicht unbedingt“. Man könne derzeit nicht überblicken, wie die Lösung des Problems der staatlichen Einheit aussehen wird, denn bis dahin könnten Generationen vergehen.

Gegenüber der *Yomiuri Shimbun* erklärte er, Wiedervereinigung sei schwierig, solange es [auf dem Festland] keine Fortschritte in Richtung Demokratie gebe und die Niederschlagung der Demokratiebewegung vom Juni 1989 nicht neu bewertet werde. Auch gegenüber der *China Times* hatte er eine Neubewertung der Ereignisse vom 4.6.1989 angemahnt, jedoch hinzugefügt, er halte derlei noch während der Amtszeit von Hu Jintao für möglich.

Auch sonst fand er für Hu und seine Taiwanpolitik freundliche Worte: Hu habe wirkliche Schritte zur Verbesserung der Beziehungen mit Taiwan unternommen, beispielsweise durch die Einfuhrerleichterungen für taiwanisches Obst und die Senkung von Studiengebühren von Taiwanern, die auf dem Festland studieren. Wie man bei der Wahl zum Legislativ Yuan Ende 2004 gesehen habe, versuche Beijing unter Hu auch nicht mehr, die Wahlen in Taiwan zu beeinflussen. (SCMP, 7.8.05; CNAT, nach BBC PF, 15.8., 16.8.05; ST, 2.9.05; *Yomiuri Shim-bun*, nach BBC PF, 3.9.05; NZZ, 5.9.05)

Ma möchte, dass Taiwan das Seine zur Entspannung beiträgt. Er kritisiert, dass Präsident Chen Shui-bian mit seinen Äußerungen zu einer möglichen formalen (juristischen) Unabhängigkeit – im Gegensatz zur faktisch bestehenden Unabhängigkeit der Inselrepublik, die Ma bejaht – wiederholt die Spannungen mit China verschärft und damit eine Situation erzeugt habe, die nun die weitere und verstärkte Aufrüstung Taiwans als unausweichlich erscheinen lasse. Diese Aufrüstung könne man sich schenken, wenn man jedwede Provokation gegenüber China vermeide und eine entgegenkommende Politik verfolge (SCMP, 16.9.05).

Ma Ying-jeou bestätigte mit diesen Äußerungen im Großen und Ganzen, was man von ihm erwartet hatte: mehr taiwanisch-demokratisches Selbstbewusstsein gegenüber China, aber auch eine sehr langfristig angelegte Wiedervereinigungsperspektive. Während Letzteres Beijing gefällt, gibt Ma mit Ersterem der anderen Seite manche Kröte zu schlucken.

Dass es noch unter Hu Jintao zu einer Neubewertung der blutigen Ereignisse vom 4.6.1989 kommen wird, erscheint, anders als Ma es sieht oder sehen möchte, als wenig wahrscheinlich. Auch eine Rücknahme des Antisessionsgesetzes, wie Ma sie wünscht, wird es in absehbarer Zeit nicht geben. Und in Sachen Falungong ist mit Beijing erst recht nicht zu spaßen. Ma verbreitet in

diesen Punkten teilweise ein wenig Zweckoptimismus, doch wird man ihn in Beijing dessen ungeachtet als Gesprächspartner schon allein auf Grund seiner neuen Position nicht zurückweisen.

Ma wird für Beijing, so zeigt sich deutlich, ein selbstbewussteres Gegenüber sein als Lien Chan. Andererseits könnte ein konsequenter Verzicht auf Unabhängigkeitsrhetorik unter einer KMT-Regierung ab 2008 tatsächlich eine Entspannungsperspektive eröffnen.

Was aber ist bis dahin? Dass Ma die von allen Experten für nötig gehaltenen stärkeren Verteidigungsanstrengungen Taiwans für überflüssig erachtet, stellt seinem Urteilsvermögen in diesem Punkt kein gutes Zeugnis aus. Denn wenn Ma, wie er betont, Taiwans Demokratie keineswegs der Wiedervereinigung opfern will, darf er Taiwan nicht erpressbar machen. Ob die derzeit von Beijing betriebene Politik, mehr das Zuckerbrot hinzustrecken und die Peitsche in Form weiterer gegen Taiwan gerichteter Rüstung hinterm Rücken zu verbergen von Dauer sein wird, kann auch Ma nicht wissen.

Am 20. September, also einen Monat nach Mas Amtsantritt, lehnte ein Parlamentsausschuss mit seiner Mehrheit aus dem „blauen“ Lager (KMT und People First Party) erneut ab, das Rüstungsbeschaffungsgesetz zu behandeln, mit dem jene Waffen gekauft werden sollen, die US-Präsident George Bush Taiwan bereits 2001 zusagte (vgl. C.a., 6/2004, Ü 31). Dies war die 29. Ablehnung in Folge, obwohl das Verteidigungsministerium im August Entgegenkommen gezeigt und explizit auf eine Neubesinnung unter Ma gesetzt hatte (TT, 24.8., 25.8., 21.9.05). Damit gefährdet die Opposition zunehmend Taiwans Sicherheitspartnerschaft mit den USA (vgl. die folgende Dokumentation). Während Mas auf Annäherung und Entspannung zielende Chinapolitik in Washington auf Zustimmung stoßen dürfte – beim Kampf gegen den Terrorismus sind zusätzliche Konflikte dort unwillkommen –, wird ihn seine parteipolitisch motivierte Ablehnung der Rüstungsmaßnahmen

zunehmendem Druck aus den Vereinigten Staaten aussetzen. Gleichzeitig gefährdet Ma damit Taiwans Status quo, den zu verteidigen sein ausdrückliches Ziel ist. Es bleibt abzuwarten, wie lange er diesen Standpunkt aufrechterhalten kann.

51 Verunsicherung in den USA über Taiwans mangelnde Rüstungsanstrengungen

Schon in der Vergangenheit wurde in den USA immer wieder Kritik an Taiwans mangelnden Verteidigungsanstrengungen laut. Während die VR China ihre Rüstungsausgaben laufend erhöht, zeigt sich in Taiwan das gegenteilige Bild. Die von US-Präsident Bush im Jahr 2001 zugesagten Waffen, darunter ausgemusterte Zerstörer der Kidd-Klasse, ein Raketenabwehrsystem und acht neu zu konstruierende U-Boote, konnten jedoch bis heute nicht bestellt werden, da die Opposition diesem Sonderprogramm ihre Zustimmung verweigert (vgl. C.a., 4/2001, Ü 41, 7/2002, Ü 42, 6/2004, Ü 31).

Je mehr die Opposition in Tai bei eine Zustimmung zu dem Rüstungsprogramm verzögert – nachdem Sinn und Zweck der Anschaffungen bereits drei Jahre detailliert geprüft und debattiert worden waren –, desto weniger bringen traditionelle Freunde Taiwans in der politischen Elite Washingtons Verständnis dafür auf. Viele sehen die Bereitschaft der USA, im Falle eines Falles für Taiwan militärisch in die Bresche zu springen, als gefährdet an. Entsprechende Äußerungen werden immer deutlicher und direkter. So erklärte der Abgeordnete Simmons auf einem Kongress-Hearing in Washington, die Menschen in Taiwan müssten zwei Dinge begreifen: Die Verzögerung in der Verabschiedung des Rüstungssonderetats mache Taiwan schutzlos und ermuntere zur Aggression, und den USA signalisiere die Blockade im Parlament, dass die taiwanische Staatsführung die Sicherheit Taiwans nicht ernst nehme (TT, 17.9.05).

Auch aus dem US-Verteidigungsministerium wurden erneut warnende

Stimmen laut. So erklärte Edward Ross, ein leitender Beamter des Büros für Sicherheitszusammenarbeit, der Rüstungssonderetat sei zu einem „politischen Fußball“ verkommen, mit dem in Taiwan seit nunmehr fünf Jahren herumgekickt werde. In den USA werde immer häufiger gefragt, wie groß denn die eigene Bereitschaft sei, für die Sicherheit und die Demokratie von anderen Opfer zu leisten. Auch Präsident Chen Shui-bian nahm er von seiner Kritik nicht aus: Chen habe Ausgaben für Wirtschaft und Soziales Priorität verschafft vor den Verteidigungsanstrengungen. Derweil seien die Militärausgaben der VR China über eine Dekade hinweg jährlich in zweistelligen Raten gewachsen. (TT, 21.9.05; SCMP, 21.9., 22.9.05)

Es war offenbar vor diesem Hintergrund anhaltender Sorgen in Washington über Taiwans Verteidigungswilligkeit, dass das American Institute in Taiwan als inoffizielle Botschaft der USA in Taipeh erstmals seit dem Bruch der diplomatischen Beziehungen vor 26 Jahren so etwas wie einen Militärattaché zugewiesen erhielt. Der Verbindungsoffizier wird zwar noch andere Aufgaben haben, als Druck auf die Oppositionsfractionen in Sachen Rüstungsbeschaffung auszuüben, dennoch ist die Bestellung des Militärexperten ein Signal dafür, für wie wichtig man Taiwan in Washington nimmt (TT, 30.7.05).

In rätselhaftem Gegensatz zu diesem einheitlichen Bild standen Äußerungen von US-Verteidigungsminister Donald Rumsfeld Ende August: Taiwan sei eine souveräne Nation und müsse selbst entscheiden, was sie wolle. Das könnte bereits als resignierendes Achselzucken verstanden werden, und wäre es so, müssten die Alarmglocken in Taipeh lauter denn je schrillen. Rumsfeld allerdings scheint Taiwans Sicherheitsfragen bloß auf die leichte Schulter zu nehmen. Denn ein gemeinsames Manöver russischer und chinesischer Streitkräfte, immerhin eine Premiere, kommentierte er: „Ich glaub, ich finde das nicht bemerkenswert.“ Es sei einfach eine Tatsache, dass sich Staaten zusammen-

finden zu gemeinsamen Übungen. Der Realitätsverlust scheint in der Bush-geführten Regierung weit fortgeschritten zu sein. Rumsfelds Untergebene jedenfalls sind davon noch nicht erfasst (TT, 25.8.05).

52 Verschmutztes Trinkwasser bringt Stuhl der Wirtschaftsministerin ins Wackeln

Am 16. August reichte die angesehene Wirtschaftsministerin Ho Meiyue (He Meiyue) bei Ministerpräsident Hsieh ein Rücktrittsgesuch ein. Schon eine Woche zuvor hatte die Opposition entsprechende Forderungen erhoben, doch entsprach der Rücktrittswunsch von Frau Ho wohl auch ihrer eigenen Überzeugung. Ihm wurde jedoch nicht stattgegeben, sodass Frau Ho weiter im Amt ist.

Der Grund war, dass Ho Zusagen nicht einhalten konnte, die die Wiederherstellung der normalen Wasserversorgung im Kreis Taoyuan betrafen. Dort wie vielerorts in Taiwan kommt das Trinkwasser aus Stauseen. Diese Reservoirs verschmutzen jedoch bei Taifunen, wenn zu große Niederschläge Erdreich mitreißen. Nachdem derlei im Kreis Taoyuan geschehen war, gab es in dessen Südteil nur jeden dritten Tag Wasser, im Norden des Kreises jeden zweiten Tag.

Als Lösung des Problems gilt, im Einzugsbereich der Stauseen keine nackte Erde zuzulassen, wie sie bei landwirtschaftlicher Nutzung auftritt. Dies ist jedoch meist nicht durchsetzbar, da einer völligen Aufforstung Eigentums- und Nutzungsrechte entgegenstehen. So wird denn eine aufwendige Reinigung des Wassers nötig. Im Falle des Shimen-Reservoirs, von dem aus Taoyuan versorgt wird, reichen die Kapazitäten der entsprechenden Kläranlage jedoch nicht aus, sodass es nach jedem Taifun zu Engpässen in der Wasserversorgung kommt. (TT, 9.8., 10.8.05; CNAT, nach BBC PF, 9.8., 16.8.05)

53 Letzter Notebook-Computer-Hersteller auf Taiwan schließt die Pforten

Es ist eher eine Meldung von symbolischer Relevanz, aber bezeichnend für die gewaltigen Strukturverschiebungen in Fernost: Taiwan verabschiedet sich von der Produktion von Notebook-Computern – jedenfalls als Produktionsstandort. Als letzte Firma schloss im September First International Computer seine Fabrik auf der Insel und fertigt von nun an, wie schon vorher die bekanntere Konkurrenz, nur noch auf dem Festland. Wegen der dramatischen Lohnunterschiede zum Festland hatte die Firma zuletzt keine kostendeckenden Preise mehr erzielen können und Verluste gemacht.

Aus Taiwan kamen eine Zeit lang vier Fünftel aller weltweit hergestellten Notebooks. Die Firmen selbst gibt es natürlich nach wie vor, doch 73% ihrer Wertschöpfung wird bereits nicht mehr in Taiwan, sondern in China erzielt (WSJ, 18.9.05).

Gleichwohl behält Taiwan bei Informations- und Halbleitertechnik auch als Produktionsstandort noch eine starke Position, und zwar spezialisiert auf hochwertige Neuentwicklungen, für die auf dem Weltmarkt noch gute Preise zu erzielen sind. Beispielsweise fiel der Produktionswert bei Computern vom Rekordjahr 2000 bis 2004 um 63%, während bei optoelektronischen Bauteilen im selben Zeitraum ein Zuwachs auf das 3,6fache, gegenüber 1999 sogar auf das 9,7fache zu verzeichnen war. Ins chinesische Ausland verlagert wird vor allem die Produktion von Standardware.

54 Bringt Taiwan Marschflugkörper gegen China in Stellung?

Am 12. August meldete die chinesischsprachige, in Taipeh erscheinende Tageszeitung *China Times*, Taiwan habe heimlich damit begonnen, selbst entwickelte Marschflugkörper zu stationieren, die 1.000 km Reichweite besitzen und demnach gegen Ziele in Südostchina eingesetzt wer-

den und beispielsweise auch das nur 700 km entfernte Shanghai bedrohen könnten. Montiert seien sie auf mobilen Startrampen.

Die internationale Presse übernahm diese Meldung teils ungeprüft. So titelte die FAZ am 13. August: „Taiwan stationiert Marschflugkörper“. Tatsächlich wurde die Meldung bereits am 12. August vom Verteidigungsministerium in Taipei als „frei erfunden“ zurückgewiesen. (CNAT, nach BBC PF, 12.8.05; ST, 13.8.05; TT, 13.8.05)

Einerseits ist es eine Tatsache, dass es in Taiwan ernsthafte Bestrebungen gibt, sich nicht mehr allein auf Defensivwaffen zu verlassen, sondern China von einem Angriff durch die Fähigkeit zum Gegenschlag abzuschrecken (vgl. C.a., 9/2004, Ü 33). Außerdem scheint eine solche Gegenschlagsfähigkeit auch praktisch vorbereitet zu werden, denn dass ballistische Mittelstreckenraketen entwickelt werden, wird vom Verteidigungsministerium nicht bestritten (vgl. C.a., 3/2005, Dok 52). Ein Marschflugkörper ist jedoch eine andere Geschichte. Zwar heißt es, ein Exemplar sei erfolgreich getestet worden, doch ein einmaliger Probeschuss scheint kaum ausreichend, um nun bereits fertige Serienprodukte aufzustellen. Es ist auch wenig logisch, dass man noch mit der Entwicklung ballistischer Raketen befasst sein soll, wenn man bereits Marschflugkörper hat, die für den Gegner viel schwerer abzuwehren sind.

Die Glaubwürdigkeit der Meldung wird zudem nicht eben erhöht durch die Beobachtung, dass die taiwanische Presse generell stets bereit ist, durch Kolportage von Gerüchten Kasse zu machen. Auch spricht die Art des Dementis gemäß bisheriger Praxis des Verteidigungsministeriums eher dafür, dass es zutrifft.

Gleichwohl passt die Meldung tendenziell ins Bild. Eine Strategie der Abschreckung stellt sich zunehmend auch deswegen als erstrebenswert dar, weil die Opposition das Sonderbeschaffungsprogramm von US-Rüstung weiterhin im Parlament blockiert – wiederholten Warnungen aus den USA zum Trotz. Die

ballistischen Raketen und – besser noch – Marschflugkörper, die Taiwan für eine glaubwürdige Abschreckungsstrategie braucht, kann es dagegen selbst entwickeln. (TT, 17.9., 21.9.05; SCMP, 21.9., 22.9.05)

55 Taiwanische Flugzeuge können chinesischen Luftraum nutzen

Die dramatisch gestiegenen Kerosinpreise brachten im August und September eine neue Entspannung im taiwanisch-chinesischen Verhältnis zuwege: Seit dem 5. September müssen die Maschinen taiwanischer Fluggesellschaften nicht mehr einen riesigen Bogen um das chinesische Territorium machen, wenn sie Richtung Westen unterwegs sind, sondern können auf dem Weg nach Süd-asien, Westasien und Europa deutlich kürzere Routen nehmen, die den Fluggästen Zeit und den Gesellschaften erhebliche Kosten sparen.

Das bisher bestehende Hindernis war gleich doppelt: Taipei erlaubte den Flug über China ebenso wenig wie Beijing. Taiwan hätte eine entsprechende Erlaubnis zwar längst geben können, mochte seinerseits aber keineswegs chinesischen Maschinen gestatten, Taiwan zu überfliegen – im Zuge der üblichen Vereinbarungen auf Gegenseitigkeit wäre dies erforderlich gewesen. Nun zeigte China Entgegenkommen: Nachdem Ministerpräsident Frank Hsieh (Xie Changting) am 3. August angekündigt hatte, entsprechende Restriktionen für vier taiwanischen Fluggesellschaften aufzuheben, erlaubte China diesen seinerseits, Antrag auf Überflugrechte zu stellen. Bereits am 5. September konnten dann die neuen kurzen Flugrouten genutzt werden. (TT, 4.8.05; CNAT, nach BBC PF, 2.9.05; ST, 6.9.05)

Hinsichtlich der Nutzung taiwanischen Luftraums durch chinesische Maschinen wird Taipei allerdings bei seiner harten Haltung bleiben – solange es kein Friedensabkommen mit Beijing gibt, wie Frank Hsieh erklärte. Ein weiterer Entspannungsschritt im Bereich des beiderseitigen Luftverkehrs zeichnet sich

dennoch ab. Der Rat für Festlandsfragen (MAC) als die entsprechende Regierungsinstitution autorisierte Mitte August die Taipei Airlines Association, mit Vertretern des Festlandes über die ständige Einrichtung von Charterfracht- und -passagierflügen zu verhandeln (TT, 5.8., 13.8.05).

56 Inbetriebnahme der Hochgeschwindigkeitsstrecke um ein Jahr verschoben

Der größte Modernisierungsschritt im taiwanischen Schienenverkehr lässt weiter auf sich warten: Anfang September gab die Taiwan High Speed Rail Corporation (THSRC), die die 345 km lange Hochgeschwindigkeitsstrecke Taipei-Kao-hsiung mit privaten Mitteln baut und 30 Jahre lang betreiben soll, bekannt, dass sich die Inbetriebnahme um ein Jahr verzögern wird. Nunmehr wird der 31.10.2006 als neuer Termin genannt. Als Grund für die Verschiebung wurde eine Reihe von technischen Problemen genannt. Die Strecke als solche ist zwar nahezu fertig, aber die Signal- und Steuerungstechnik noch nicht, und zudem bedürfe das Zusammenspiel der Systeme einer längeren Erprobungsphase.

Die Verzögerung ist für die an der THSRC beteiligten Investoren bitter, da die erhofften Einnahmen nun erst entsprechend später fließen werden und sich durch die erhöhten Kreditkosten auch die Gesamtkosten entsprechend erhöhen, und zwar um 4,2%. Der Verlust durch den einjährigen Einnahmeausfall wird auf zusätzlich 50 Mrd. NT\$ (ca. 1,2 Mrd. Euro) beziffert. Mit dem eigentlichen Bau ist allerdings ein japanisches Konsortium beauftragt, das sich in Taiwan zur Taiwan Shinkansen Corporation (TSC) formiert hat. Zumindest einen Teil der Verluste bzw. Einnahmeausfälle wird die THSRC dank entsprechender Vertragsklauseln auf die TSC abwälzen können. Um jede weitere Verzögerung auszuschließen, soll allerdings einstweilen auf juristische Schritte gegen die TSC verzichtet werden (TT, 9.9.05; FT, 9.9.05).